

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik Nr. 28 – 13. September 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. Parlamentarische Initiativen

2. Themen

- 2.1. Bürgerhaushalt
- 2.2. Daseinsvorsorge
- 2.3. Verwaltungsreform
- 2.4. Kinder und Jugend
- 2.5. Soziales
- 2.6. Integration
- 2.7. Umwelt und Verkehr
- 2.8. Energie
- 2.9. Rechtsextremismus

3. Personalien – Linke Mandate

4. Veranstaltungen

5. Kontakte

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Entschließungsantrag der Linksfraktion – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des SGB II – Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/059/1605980.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der BRD im Mai 2007

<http://dip.bundestag.de/btd/16/060/1606065.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

<http://dip.bundestag.de/btd/16/060/1606076.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Aussteuerungsbetrag gemäß § 46 Abs. 4 SGB II

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606119.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Planung, Aufstellung und Grenzwerte von Mobilfunkanlagen im Kontext der freiwilligen Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber von 2001

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606133.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Lernenden mit Behinderungen in Deutschland

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606148.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Waffenfunden bei Rechtsextremen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606151.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Finanzielle Problemen von KZ-Gedenkstätten

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606182.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Frühzeitigen Krankenhausentlassungen und Fallpauschalen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606184.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Zunahme von Krankenhausinfektionen – siehe auch: 2.5. Gesundheit und Soziales

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606185.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Verfassungsrechtlich bedenklichen Konsequenzen der Zwangsverrentung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606187.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in der BRD im Juni 2007

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606192.pdf>

2. T h e m e n

2.1. Bürgerhaushalt

Berlin-Lichtenberg - Hoher Zuspruch der Einwohnerschaft durch bessere Beteiligungsmöglichkeiten

In dem Berliner Bezirk Lichtenberg diskutieren und entscheiden die Bürgerinnen und Bürger seit dem 3. September 2007 nun schon zum dritten Mal über ihre Prioritäten für den Bezirkshaushalt. Um mehr Bürgerinnen und Bürger eine Beteiligung zu ermöglichen wurden für das Beteiligungsverfahren wesentliche Veränderungen vorgenommen. Statt wie bisher fünf gibt es in diesem Jahr in allen 13 Stadtteilen Einwohnerversammlungen. Die Altersbegrenzung für eine Beteiligung wurde aufgehoben. Familien mit Kindern erhalten für ihre Kinder zusätzliche Punkte mit denen sie abstimmen können. Neu ist auch, dass die Diskussion über Prioritäten mit den Leitzielen des Bezirkes verknüpft wird. Geändert wurde der Ablauf der Einwohnerversammlungen. Nach einer Einführung durch die Bürgermeisterin diskutiert die Bürgerschaft in Arbeitsgruppen, die von Bürger/innen moderiert werden. An den ersten 5 Einwohnerversammlungen nahmen jeweils zwischen 80 und 140 Bürger/innen teil. Weitere Informationen und Veränderungen sind zu erhalten unter:

<http://www.brangsch.de/partizipation/2007libe.htm>

www.buergerhaushalt-lichtenberg.de

Freiburg

„Als erste Großstadt in Baden-Württemberg will Freiburg künftig seine Bürger stärker an der Finanzpolitik der Stadt beteiligen. Der Gemeinderat stimmte am Dienstagnachmittag mit großer Mehrheit für ein neues Modell von Bürgerbeteiligung.“

<http://www.swr.de/nachrichten/bw/-/id=1622/nid=1622/did=2372640/y2bf30/>

http://www.freiburg.de/servlet/PB/menu/1175753_11/index.html?QUERYSTRING=B%25u00fcrgerhaushalt

2.2. Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge – Spielräume der Kommunen erhalten

Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes berichtet über Erfahrungen der Rekommunalisierung in den Bereichen Strom, Gas und Müllentsorgung.

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/pressemeldungen/inhalt/dstgb_buerger_wollen_kommunale_daseinsvorsorge/vortrag_schaefer_bdi.pdf

„Eine Kommune kauft ihr Stromnetz

Nümbrecht ist eine 17.000-Seelen-Gemeinde in den sattgrünen Hügeln des Oberbergischen Landes, 40 Kilometer östlich von Köln. Das Besondere an Nümbrecht: Der Ort hat sich aus dem Stromnetz des Energieversorgers RWE ausgeklinkt....“

<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~EF2867EEB60534C11898A19AC0539287C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Bürgerbegehren gegen Privatisierungen

Elsdorf

Bürgerbegehren gegen die Übertragung des Kanalnetzes auf den Erftverband war erfolgreich: Nun muss sich der Rat damit befassen. Lehnt er es ab, wird es zum Bürgerentscheid kommen.

<http://www.nrw.mehr-demokratie.de/elsdorf.html>

<http://www.kein-kanal-verkauf.de/html/infos.html>

Issum

Bürgerbegehren in Issum gegen den Verkauf des Wassernetzes hatte Erfolg. Die Niederrheinische Gas- und Wasserwerke (NGW) zogen am 10. September 2007 ihr Kaufangebot zurück.

<http://www.nrw.mehr-demokratie.de/issum.html>

Mühleim an der Ruhr

„In einem Bürgerentscheid über Privatisierungen hatten am Sonntag zwar 73,7 Prozent der Abstimmenden für ein Bürgerbegehren gegen die Übertragung von Anteilen städtischer Unternehmen und Gebäude im Bereich der Daseinsvorsorge an oder deren Betrieb durch nicht gemeinnützige private Investoren gestimmt, jedoch erreichte das Begehren nicht die notwendige Mindestzustimmung von 20 Prozent aller Stimmberechtigten.“

<http://www.nrw.mehr-demokra->

[demokra-](http://www.nrw.mehr-demokra-)

[tie.de/1688.html?&tx_ttnews\[pS\]=1189610508&tx_ttnews\[tt_news\]=1188&tx_ttnews\[backPid\]=1075&cHash=610f7a4684](http://www.nrw.mehr-demokra-)

Privatisierungen in Großstädten

„Jede dritte deutsche Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern plant, in den kommenden drei Jahren Privatisierungen durchzuführen, während kleinere Städte deutlich zurückhaltender sind. Insgesamt bewerten die Kommunen bisherige Privatisierungen überwiegend positiv. Immerhin jede zehnte Stadt plant allerdings Rekommunalisierungen... Das sind die Ergebnisse einer Studie der Prüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young, die auf einer repräsentativen Befragung von 300 deutschen Städten beruht...“

http://www.ey.com/global/content.nsf/Germany/Presse_-_Pressemitteilungen_2007_-_Privatisierungen

2.3. Verwaltungsreform

Landesverfassungsgericht zur Kreisgebietsreform

Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem Urteil vom 26.7.07 die im Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung des Landes MVP enthaltenen Bestimmungen zur Kreisgebietsreform für unvereinbar mit der verfassungsrechtlichen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung erklärt.

http://www.landesverfassungsgericht-mv.de/index_aktuell.htm

Umstellung auf Doppik

Der Landkreis Weser-Marsch hat seine Finanzbuchhaltung auf die Doppik umgestellt. Der produktorientierte doppische Haushalt für das Jahr 2007 kann man herunterladen unter:

http://www.landkreis-wesermarsch.de/pdf/Haushaltsplan_2007.pdf

2.4. Kinder und Jugend

Aktuelle Daten zur Kindertagesbetreuung in Deutschland

Der Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik hat ein Themenheft zur Kindertagesbetreuung herausgegeben, in dem neben der Auswertung der Daten auch Beiträge u.a. über die Fachkräftesituation und Kindertagespflege veröffentlicht sind.

<http://www.sh-landkreis->

[tag.de/media/custom/100_20923_1.PDF?loadDocument&ObjSvrID=100&ObjID=20923&ObjLa=1&Ext=PDF](http://www.sh-landkreis-tag.de/media/custom/100_20923_1.PDF?loadDocument&ObjSvrID=100&ObjID=20923&ObjLa=1&Ext=PDF)

Kindesvernachlässigung – Erkennen, Beurteilen, Handeln

Der Deutsche Kinderschutzbund Land NRW und das Institut für soziale Arbeit e.V. haben für Erzieher/innen, Lehrer/innen und Mitarbeiter/innen in Organisationen eine Orientierungshilfe erarbeitet, wie man mit Kindesvernachlässigung umgehen sollte.

http://www.kindeschutz.de/Externes/Kindesvernachlaessigung_2.pdf

<http://www.kindeschutz.de/Externes/externes.html#Anchor-Deutsche-52875>

2.5. Soziales und Gesundheit

Sozialreport Leipzig für 2006

Bereits zum zweiten Mal hat die Stadt Leipzig einen Sozialreport erstellt. Er ist jetzt über das Internet verfügbar.

[http://www.leipzig.de/imperia/md/content/02-](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/02-5_jugend_soziales_gesundheit_schule/sozialreport2006.pdf)

[5_jugend_soziales_gesundheit_schule/sozialreport2006.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/02-5_jugend_soziales_gesundheit_schule/sozialreport2006.pdf)

BSG-Urteile - Sonderbedarfe und angemessene Miete für ALG-II-Beziehende

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen hat in ihrer Info vom Juni 2007 die ersten neuen Entscheidungen des BSG zum ALG II ausgewertet. Den Schwerpunkt bilden die Themen „Sonderbedarfe“ und angemessene „Miete“.

Urteil des BSG zu untypischen Bedarfslagen, Darlehenratung

http://www.erwerbslos.de/images/stories/dokumente/A-Info/aktuelle_ausgabe/a-info114.pdf

Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung

Die Bundesregierung will sich aus der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückziehen. Der Anteil des Bundes soll von 409 Mio. Euro auf 180 Mio. Euro abgeschmolzen werden.

http://www.dstgb.de/homepage/pressemeldungen/staedte_und_gemeinden_fordern_angemessene_beteiligung_des_bundes_an_den_kosten_der_grundsicherung_im_alter/index.html

Anfrage zur Zunahme von Krankenhausinfektionen

Die Fraktion DIE LINKE in der Regionalversammlung Hannover hat eine Anfrage zu Krankenhausinfektionen gestellt, die wir euch zur Nachnutzung empfehlen. Auch die Bundestagsfraktion hat eine Kleine Anfrage dazu gestellt, die Antwort findet ihr unter Punkt 1 des Newsletters (Drs. 16/6185). Die Anfrage ist der Mail dieses Newsletters angehängt. Weitere Informationen zu dem Thema sind zu finden unter:

<http://www.br-online.de/daserste/report/archiv/2007/00413/>

<http://de.wikipedia.org/wiki/MRSA>

Den § 23 aus dem Infektionsschutzgesetz legt fest, dass die Krankenhäuser entsprechende Vorkommen aufzeichnen und die Aufzeichnungen den Gesundheitsämtern zur Verfügung stellen müssen:

http://bundesrecht.juris.de/ifsg/_23.html

2.6. Integration

Die kommunalen Spitzenverbände haben ein Positionspapier vorgelegt, in dem sie den Handlungsbedarf und die Handlungsfelder für eine Integrationspolitik benennen:

<http://www.dstgb.de/scripts/highlight.pl?url=http%3a%2f%2fwww%2edstgb%2ede%3a80%2fhomepa->

[ge%2fpressemeldungen%2farchiv_2006%2fintegrationsgipfel_am_14_juli_im_bundeskanzleramt%2findex%2ehtml%3fWebBugWindowId%3d%26WebBugUserId%3df6i0vw2i_fujr3a185kola](http://www.dstgb.de/scripts/highlight.pl?url=http%3a%2f%2fwww%2edstgb%2ede%3a80%2fhomepa-ge%2fpressemeldungen%2farchiv_2006%2fintegrationsgipfel_am_14_juli_im_bundeskanzleramt%2findex%2ehtml%3fWebBugWindowId%3d%26WebBugUserId%3df6i0vw2i_fujr3a185kola)

[Oxre8tcdma&style=background-](http://www.dstgb.de/scripts/highlight.pl?url=http%3a%2f%2fwww%2edstgb%2ede%3a80%2fhomepa-ge%2fpressemeldungen%2farchiv_2006%2fintegrationsgipfel_am_14_juli_im_bundeskanzleramt%2findex%2ehtml%3fWebBugWindowId%3d%26WebBugUserId%3df6i0vw2i_fujr3a185kola)

[color:yellow;&keyword=Integrationsgipfel×tamp=1189613055](http://www.dstgb.de/scripts/highlight.pl?url=http%3a%2f%2fwww%2edstgb%2ede%3a80%2fhomepa-ge%2fpressemeldungen%2farchiv_2006%2fintegrationsgipfel_am_14_juli_im_bundeskanzleramt%2findex%2ehtml%3fWebBugWindowId%3d%26WebBugUserId%3df6i0vw2i_fujr3a185kola)

Integrationskonzept der Fraktion DIE LINKE.

Kommunales Wahlrecht für Migrant/innen aus Nicht-EU-Staaten

Die Fraktionen DIE LINKE. und der SPD fordern in einem Antrag den Senat auf, dem Abgeordnetenhaus bis zum 1. Oktober 2007 über den Stand der Umsetzung seines eigenen Beschlusses „Bundesratsinitiative zur Einführung eines Kommunales Wahlrecht für Migrant/innen aus Nicht-EU-Staaten“ zu berichten.

<http://www.parlament-berlin.de/ados/16/IIIPlen/vorgang/d16-0676.pdf>

Antrag interkultureller Garten

Arnstädter Linke im Stadtrat haben einen Antrag zu „interkulturellen Garten einrichten“ eingebracht. Der Antrag aus Arnstadt darf gerne als Anregung für weitere Projekte genutzt werden.

<http://www.arnstadt.de/download.php?doc=3edfef2e998b031f0281d11017ade2b>

2.7. Umwelt und Verkehr

ÖPNV zwischen Ausschreibungswettbewerb und direkter Vergabe

Die Hans-Böckler-Stiftung hat eine vergleichende empirische Studie zu Produktions- und Transaktionskosten die durch den Ausschreibungswettbewerb im ÖPNV entstehen, erstellt.

http://www.boeckler.de/pdf/mbf_oePNV_resch_lang_2006.pdf

2.8. Energie

Kommunaler Klimaschutz

Zahlreiche kommunale Projekte zur Energieeinsparung und effizienten Energienutzung aus der Region Rhein-Neckar sind zu finden unter:

<http://www.klimaschutz-rhein-neckar.de/seiten/p5.htm>

2.9. Rechtsextremismus

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Umsetzung des Bundesprogramms "Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" enthält eine Auflistung aller bewilligten und abgelehnten Projekte bzw. Anträge

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606135.pdf>

3. Personalien – Linke Mandate

Vorsitzende der Kreistagsfraktionen sowie der Stadtratsfraktionen in den kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts nach der Kreisgebietsreform vom 1. Juli 2007

Kreistag/Stadtrat	Vorsitzende(r)	Kontakt
Altmarkkreis Salzwedel	Gabriele Gruner	gabrielegruner@gmx.de
Landkreis Anhalt-Bitterfeld	Ronald Maaß	ronald.maass@infocyti.de
Bördekreis	Gudrun Tiedge (MdL)	tiedge@pds.lt.isa-net.de
Burgenlandkreis	Christine Krößmann	christine@kroessmann.de
Stadt Dessau-Roßlau	Ralf Schönemann	info@abc-recycling.de
Stadt Halle (Saale)	Dr. Bodo Meerheim	Dok-Bodo-M@t-online.de
Landkreis Harz	Carsten Nell	carsten.nell@web.de
Landkreis Jerichower Land	Gabriele Herrmann	info@bibliothek-genthin.com
Stadt Magdeburg	Hans-Werner Brüning	info@hans-werner-bruening.de
Landkreis Mansfeld-Südharz	Erdmuthe Henke	erdmuthe.henke@web.de
Saalekreis	Siegfried Theiß	theiss@anhalt.net
Salzlandkreis	Sabine Dirlich (MdL)	sabine.dirlich@t-online.de
Landkreis Stendal	Günter Rettig	Guenter.Rettig@t-online.de
Landkreis Wittenberg	Horst Dübner	pdsweb@t-online.de

4. V e r a n s t a l t u n g e n

Fachkonferenz: Öffentliche Daseinsvorsorge in Brandenburg

Veranstalter: Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Termin: 21. September 2007

Ort: BlauArt Tagungshaus, Hermannswerder 23, 14473 Potsdam

Info: <http://www.dialog-fuer->

[brandenburg.de/veranstaltungen/detail/zurueck/veranstaltungen/artikel/dritte-fachkonferenz-oeffentliche-daseinsvorsorge-in-brandenburg/](http://www.dialog-fuer-brandenburg.de/veranstaltungen/detail/zurueck/veranstaltungen/artikel/dritte-fachkonferenz-oeffentliche-daseinsvorsorge-in-brandenburg/)

29. September 2007

Regional wirtschaften -- aber wie? ein Beitrag zum Tag der Regionen 2007

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

Ort: Hermsdorf, Rathausaal, Käthe-Kollwitz-Str. 6

Info: Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Tel. 03641-449432

6. Oktober 2007

Einführung in das Kommunalrecht

Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Ort: Seminarraum 739, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Info: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>

16./17. Oktober 2007

Nationale Konferenz Jugendpolitik

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe

Ort: Berlin

Info: http://www.agj.de/pdf/12/programm_nationale_konferenz.pdf

20. Oktober 2007

Mentale Repräsentation des demografischen Wandels in Brandenburg

Veranstalter: kommunalpolitisches forum – Land Brandenburg e.V.

Ort: BlauArt Tagungshaus, Hermannswerder 23, 14473 Potsdam

Info: http://www.dialog-fuer-brandenburg.de/fileadmin/dialog-brandenburg/dokumente/downloads/einladung_oktober.pdf

22. Oktober 2007

Fachkongress "Verwaltungsmodernisierung und E- Government"

Veranstalter: Hessische Staatskanzlei, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Ort: Congress Park Hanau, Schlossplatz 1, 3450 Hanau

Info: http://www.hessen-egovernment.de/irj/eGovernment_Internet?uid=2b950399-ad1e-6111-33e2-dc44e9169fcc

20. November 2007

Regulierung und kommunale Energieversorgung in Ostdeutschland

Veranstalter: Verbundnetz für kommunale Energie

Ort: Seminaris Seehotel Potsdam, An der Pirschheide 40, 14471 Potsdam

Info: info@verbundnetz-fuer-kommunale-energie.de/

21. November 2007

1. Fahrradkommunalkonferenz

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Städtetag

Ort: Neues Rathaus der Stadt Göttingen, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Info: <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahrradkonferenz/>

22./23. November 2007

Kongress "Bildung in der Stadt"

Veranstalter: Deutscher Städtetag

Ort: Eurogress Aachen

Info: <http://www.staedtetag.de/10/veranstaltungen/artikel/01768/index.html>

27. November 2007

7. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Veranstalter: Rat für Nachhaltige Entwicklung

Ort: Berliner Congress Center (bcc), Alexanderstraße 11, 10178 Berlin

Info: http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/termine/2007/27-11_01/index.html

5. K o n t a k t e

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de